

Around Europe - Deutsche Ausgabe Nr 290 März 2007 - Teilausgabe

Quäkerkomitee für Nationale Gesetzgebung (FCNL) – Arbeitsprogramm

Martina Weitsch, gemeinsame Vertreterin (Joint Representative) <von QCEA> besuchte im Dezember 2006 die Büros des FCNL in Washington und reflektiert hier einige der Höhepunkte.

FCNL arbeitet an einer Vielzahl von Themen – sie umfassen die ganze Bandbreite von Frieden, Menschenrechten, wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Umwelt – und alle ergeben sich aus dem FCNL Motto:

Wir streben an eine Welt frei von Krieg und Kriegsdrohung
Wir streben an eine Gesellschaft der Gleichheit und Gerechtigkeit für alle
Wir streben an eine Gemeinschaft, in der die Möglichkeiten jedes Menschen verwirklicht werden können
Wir haben die Vision einer heilen Welt

Einer der Höhepunkte meines Besuchs war die Teilnahme an einer Versammlung, in der Jeanne Herrick-Stare, einer Mitarbeiterin von FCNL, Senior Fellow <mit besonderen Aufgaben befasste Mitarbeiterin>, Aufgabengebiet: Freiheitsrechte und Menschenrechte, der James K. Mathews Preis für hervorragende Dienste (Distinguished Service) von einem Vertreter des Zentrums der Kirchen für Theologie und politische Arbeit verliehen wurde. Sie erhielt diesen Preis in Anerkennung ihrer Arbeit für die Nationale Religiöse Kampagne gegen Folter.

Ich konnte ein langes Gespräch mit Jeanne über ihre Arbeit führen und war sehr beeindruckt von ihrer Begeisterung, Energie und Entschlusskraft, die sie vermittelte. Das war das allgemeine Gefühl, das ich bei allen <Mitarbeitern> von FCNL empfand. Trotz der schwierigen politischen Situation, in der sie sich befinden, bleiben sie weiterhin zielgerichtet, begeistert und optimistisch, dass ein Wandel möglich ist.

Eines der besonders überraschenden Kennzeichen für ihr Programm und ihr Team ist, dass ein Mitarbeiter ein pensionierter Oberst ist. Dan Smith, in seiner Militärlaufbahn verschiedentlich ausgezeichnet, mit Erfahrungen in nachrichtendienstlichen und Öffentlichkeitsfragen des Militärs, berät FCNL in militärischen Fragen, macht in weiten Kreisen Veröffentlichungen, hat seinen eigenen Blog (The Quakers' Colonel at <http://quakerscolonel.blogspot.com/>) und stellt sicher, dass FCNL einschätzen kann, was bei den Lobby-Bemühungen in Fragen militärischer Angelegenheiten machbar ist.

Ein weiterer Punkt der außergewöhnlichen Dinge bei FCNL ist die Art und Weise, wie es möglich war, Quäkerwerte in dem Gebäude sichtbar zu machen, von dem aus sie wirken.

Ursprünglich waren die Gebäude zwei früher übliche, zu Wohnzwecken erbaute Reihenhäuser. Sie liegen in einem denkmalgeschützten Gebiet, deshalb muss das Äußere der Häuser den Originalcharakter behalten, und die inneren Veränderungen

müssen so geplant werden, dass ein Rückbau zu zwei einzelnen Reihenhäusern möglich ist.

Wegen baulicher Fehler musste FCNL eine große Sanierung des Gebäudes durchführen. Man beschloss, das neue Gebäude unter Berücksichtigung von Zugänglichkeit, umweltfreundlicher Architektur und gesunden Arbeitsbedingungen zu sanieren.

Das Ergebnis ist verblüffend. Von außen sieht das Gebäude mehr oder weniger so aus wie die ursprünglichen Reihenhäuser, aber im Innern ist es eine völlig andere Geschichte. Es herrscht eine Atmosphäre der Ruhe und sogar der unbewegten Stille in einem Haus, das einem Bienenstock (a hive of activity) gleicht. Die Beleuchtung ist unaufdringlich, aber für die Arbeitsplätze völlig ausreichend. Das Licht geht an, wenn man einen Raum betritt und geht aus, wenn man ihn verlässt. Das Haus hat ein grünes Dach und energiesparende Fenster. Es ist von überall her zugänglich, und die Arbeitsbereiche sind freundlich und zweckmäßig gestaltet mit den nötigen Schränken und Abstellmöglichkeiten und mit hübschen, bequemen Stühlen ganz aus wiederverwertetem Material.

Das Haus ist offiziell als „umweltfreundliches Gebäude“ („Green Building“) anerkannt und wurde häufig von Architekten, Architekturstudenten und anderen Leuten besucht, die sehen wollten, wie ein solcher Entwurf verwirklicht werden kann. Weitere Informationen unter <http://www.fcnl.org/building/>.

Martina Weitsch

Übersetzung: Christel Wieding

Biobrennstoffe: Die Lösung unserer Probleme?

Eine von der Wochenzeitung *European Voice* veranstaltete Debatte sprach ein heißes Thema an: Biobrennstoffe. Teilnehmer der Diskussionsrunde waren Repräsentanten der Europäischen Kommission, des Europaparlaments, der Nahrungsmittelindustrie, einer ökologischen Nichtregierungsorganisation und von BP. Es ging um das am 10. Januar verabschiedete Energie- und Klimawandelpaket der Kommission und die darin enthaltene Empfehlung, den Ausstoß der Treibhausgase bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent zu reduzieren. Vor diesem Hintergrund forderte die Kommission, 10 Prozent des Treibstoffs für Fahrzeuge müsse verpflichtend aus Biokraftstoff bestehen, was zu heftiger Debatte auf beiden Seiten führte.

Vielen erscheint der Gedanke, Erdöl durch Biosprit zu ersetzen ökologisch vernünftig. Doch wenn man die Energie einbezieht, die für Anbau, Ernte, Produktion und möglicherweise Transport der Biobrennstoffe anfällt, stellt sich deren vielgepriesene Kohlenstoffneutralität weniger sicher dar. Darüberhinaus treibt die Verwendung von Nahrungspflanzen zur Herstellung von Biobrennstoffen die Nahrungsmittelpreise in die Höhe, was Grundnahrungsmittel für die Ärmsten weniger erschwinglich macht.

Die Förderung des Nahrungsmittelanbaus durch Agrarsubventionen führte manche Teilnehmer dazu, die Beziehung zwischen der Ökologie-, Energie-, und Agrarpolitik der EU infragezustellen. Für viele ist die Tatsache, dass die Kommission sich auf eine Mindestmenge an Biosprit für Kraftfahrzeuge verlässt, anstatt eine Grenze für den Ausstoß an Treibhausgasen festzulegen, in der Tat ein sicheres Zeichen, dass diese Politikvermischung bereits Tatsache ist.

Worüber sich alle Teilnehmer, Paul Hodson, der die Kommission repräsentierte eingeschlossen, einig zu sein schienen ist das Potential von Biokraftstoffen der zweiten Generation. Diese werden aus allen Pflanzenteilen hergestellt, und stellen, wie allgemein anerkannt, die Zukunft der Biobrennstoffe dar. Während Biobrennstoffe der ersten Generation, wie Biodiesel und Bioethanol, nur die Kerne auf Stärke und Gluten auswerten, verwerten Biobrennstoffe der zweiten Generation die gesamte Pflanze, weshalb hier z.B. auch Abfälle aus der Forstindustrie Verwendung finden können. Das kann den Ausstoß von produziertem Kraftstoff bei gleichen, oder sogar niedrigeren Produktionskosten bedeutend erhöhen. Davon abgesehen müssen Biobrennstoffe der zweiten Generation nicht aus Nahrungsplanzen hergestellt werden, was die Konkurrenz zwischen Nahrung und Brennstoffen entspannen kann. Theoretisch könnten Biobrennstoffe der zweiten Generation auf Flächen angebaut werden, die für die Produktion von Nahrungsmitteln ungeeignet sind.

Technologisch gesprochen ist die Produktion von Biobrennstoffen der zweiten Generation sehr viel schwieriger als die der ersten Generation – unterschiedliche Enzyme werden benötigt um die verschiedenen Pflanzenteile aufzuspalten. Der in Europa hauptsächlich produzierte Biobrennstoff der zweiten Generation wäre synthetischer Biokraftstoff oder BTL (Biomass-to-Liquid)-Kraftstoff. Noch ist die Produktion teuer und verlangt riesige Anlagen, aber sobald technologischer Fortschritt die Kosten für die Umwandlung von Biomasse in Brennstoff drückt, wäre diese weit kosteneffektiver als die Produktion von Brennstoffen der ersten Generation.

Am klarsten zeichnete sich während der Debatte die Notwendigkeit ab, bestehenden Wäldern, Flächen und gesunden ökologischen Bedingungen einen Wert zuzugestehen. Land ist endlich, und wertvolle Ressourcen und die steigende Nachfrage nach Biokraftstoffen wird nur bereits überlastete Flächen weiter belasten. Aggressive Methoden der Bodenbearbeitung und die Zerstörung von Feuchtgebieten und bestehenden Wäldern haben bereits zu einem massiven Verlust von Flora und Fauna geführt. Gesteigerte Agrarproduktion würde unweigerlich heißen, Wälder und geschützte Flächen weiter zu reduzieren, was der bereits schwindenden Artenvielfalt weiteren Schaden zufügen würde. Um die Zerstörung dieser wertvollen Ressourcen zu vermeiden, müssen wir ihnen einen Wert zugestehen. Die Kosten des Klimawandels und seiner vielfältigen Konsequenzen müssen in die Kalkulation der Energiekosten einfließen. Wie Ruth Davies von der Königlichen Gesellschaft zum Schutz der Vögel (Royal Society for the Protection of Birds) darlegte, wird unsere sogenannte Ökologienpolitik, wenn wir nicht sehr aufpassen, vernichten, was wir beschützen wollen. Die Angst vor den Risiken, die mit der Verschiebung unserer Abhängigkeit von Erdöl zu Biosprit verbunden sind, ist gerechtfertigt – Biobrennstoffe werden sicher nicht all unsere Klima- und Energieprobleme lösen. Um sicherzustellen, dass Biobrennstoffe den geringsten Schaden und größtmöglichen Nutzen zur Folge haben, muss die EU eine transparente Politik verfolgen und aggressiv in allen Bereichen erneuerbarer Energien und Zukunftstechnologien forschen. Wir können es uns nicht leisten, Biobrennstoffe als Allheilmittel zu betrachten. Wenn wir, als Quäker und Europäer, positiv zur Gesundheit und zum Wohl des einen Ökosystems der Erde und denen, die davon abhängig sind beitragen wollen, dann dürfen wir nicht zulassen, dass unsere Entscheidungsträger permanent auf die Befriedigung unseres Bedarfs konzentriert sind. Vielmehr ist es unsere Pflicht

als Bewohner der Erde, sorgfältig über die Auswirkungen und Konsequenzen unseres eigenen Energieverbrauchs nachzudenken und uns entsprechend zu verhalten.

Sophie Miller

Übersetzung Anja Krebber

Bevölkerungssicherheit: Von Worten zu Taten

Am 7. Februar wurde eine Konferenz zum Thema „Bevölkerungssicherheit“ abgehalten, die von der European Commission Stagiare (ECS) organisiert worden war. Das Ziel dieser Konferenz war es, die Bedeutung von menschlicher Sicherheit zu diskutieren und festzustellen, ob eine von der EU ausgearbeitete „Richtlinie zur Bevölkerungssicherheit“ von Wert sein würde, wenn es um eine solche Frage geht.

Leider war der größte Hemmschuh während der Konferenz die Frage: „Was bedeutet Bevölkerungssicherheit eigentlich?“, was natürlich der zentrale Klärungspunkt ist, bevor man sich damit befasst, was eine EU-Richtlinie zu diesem Thema beinhalten sollte. Ganz grundlegend gesehen wird man generell zustimmen, dass menschliche Sicherheit eine Vorstellung ist, welche die Menschen ins Zentrum stellt, d.h. die umfassende Sicherheit der Bevölkerung und nicht nur die Sicherheit der Staaten. Tatsächlich sind die so genannten neuen Kriege zunehmend mehr gegen die Bevölkerung als gegen die Staaten gerichtet, wie Robert Cooper bemerkte, der Generaldirektor für „externe und politisch-militärische Angelegenheiten“ des Europarats, so dass als logische Folge die Bevölkerung ebenso wie die Staaten des Schutzes und der Sicherheit bedürfen.

Jedoch ist offensichtlich, dass Aktivitäten, welche als sicherheitsbildend angesehen werden können, ziemlich weitreichend sein müssen. Bei einer Entwicklungskonferenz (ODI), die kürzlich stattfand, bemerkte die EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner, dass die Idee der menschlichen Sicherheit zweierlei umfasst: frei sein von Angst und frei sein von Wünschen. Bevölkerungssicherheit sollte kein allumfassender Begriff für Entwicklungsthemen sein, denn sonst wird er nicht viel mehr als einen „Regenschirm-Begriff“ darstellen. Andere stimmten dem nicht zu und vertraten die Meinung, dass Bevölkerungssicherheit ein Hauptanliegen bei allen Programmfeldern sein sollte einschließlich Umwelt, Menschenrechten, Handel usw.

Als ein weiterer Gesichtspunkt wurde die Frage aufgeworfen, ob die Bevölkerungssicherheit vereinbar sein würde mit den Ansichten der EU zur Sicherheit. Robert Cooper wandte ein, dass im Zentrum des Sicherheitsdenkens der EU der Gedanke der Verteidigung stehen-

bleiben sollte, während es auch andere Meinungen dahingehend gibt, dass menschliche Sicherheit gleichbedeutend mit demilitarisierter Sicherheit sein sollte. Angelika Beer (Ab-

geordnete des Europäischen Parlaments / Fraktion „Die Grünen“) sprach sich sehr deutlich dafür aus, dass die EU ein integriertes Sicherheitsprogramm brauche, welches sich besonders mit den Ursachen der Konflikte befasse. Auf dem Papier trage die EU eine Menge zur Konfliktprävention bei, schaue aber gleichzeitig zunehmend nach dem Militär. Frau Beer arbeitete dazu klar heraus, dass dies der falsche Weg sei und die EU ihre Vorstellungen ändern müsse. Sie unterstrich, dass das Problem nicht auf eine zu geringe Zahl von Institutionen zurückzuführen sei, sondern auf die Art und Weise, wie die EU und Europa über Bevölkerungssicherheit denken. Sean O'Regan, der den EU-Rat repräsentiert, stimmte dem nicht zu und

unterstrich vielmehr, dass der Sicherheitsgesichtspunkt auch die Akzeptanz einschließt, dass Soldaten sterben müssen. Es war nicht überraschend, dass der Terrorismus sehr oft zitiert wurde als Beispiel dafür, wie der Mangel an Sicherheit für die Menschen in einem Land auch einen großen Einfluß auf die Sicherheit der Bevölkerung in anderen Ländern haben kann.

Regional kann das auch auf Probleme mit den Ausweispapieren zurückgeführt werden, wenn z.B. Flüchtlinge die Grenzen zu Nachbarländern überschreiten.

Es bestand die einstimmige Meinung, dass die Sicherheit der Bevölkerung ein zunehmend wichtiges Thema ist, aber ob eine EU-Sicherheitsdoktrin von Vorteil sein würde, erschien weniger klar. Einige Redner argumentierten, die Verpflichtung zu „R2P“ (Verantwortung für

den Schutz) würde ausreichen. Aus meiner Sicht erschien jedoch die am meisten beunruhigende Meinungsverschiedenheit zwischen den Mitgliedern über den Einsatz des Militärs zu bestehen, um Frieden und Sicherheit für die Bevölkerung zu erreichen. Robert Cooper sagte bei der Eröffnung der Konferenz, dass „Frieden kein natürlicher Zustand der Menschheit „ sei und „dass es nötig sei, militärisch vorbereitet zu sein, um die Bevölkerung verteidigen zu können“. Ist es nicht besorgniserregend, dass die EU zuallererst nach dem Militär zu schauen scheint, um Frieden zu schaffen?

Sarah Bernett

Übersetzung: Jutta Fauer